

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 151

SOMMER 2003

€ 0,50

Alle israelischen Truppen, Siedler raus aus den besetzten Gebieten!

„Road Map“ der USA bedeutet Blutbad an Palästinensern



Castelnuovo



NY Times, AFP

Bush mit palästinensischem Ministerpräsidenten Abbas und israelischem Ministerpräsidenten Sharon in Akaba, Jordanien, am 4. Juni. Rechts: Auf „Friedensgipfel“ folgte am 10. Juni ein israelischer Angriff auf Gaza

30. Juni – Nach einem von Washington vermittelten „Waffenstillstands“abkommen mit drei palästinensischen Gruppen hat Israel damit begonnen, seine Truppen aus einigen Gegenden des Gazastreifens abzuziehen. Doch wenn Israel und seine US-Schirmherren von „Frieden“ sprechen, kann man sicher sein, dass es ein weiteres Massaker an Palästinensern geben wird. Während die Palästinensische Autonomiebehörde der Durchführung gemeinsamer Patrouillen mit israelischen Soldaten zugestimmt hat, fordert Israels Premierminister Ariel Sharon nichts weniger als einen Bürgerkrieg gegen Widersacher der zionistischen Besetzung – „einen umfassenden, anhaltenden Krieg durch die neue palästinensische Regierung“, wie er es nannte.

Am 4. Juni stellte Präsident Bush auf einem Treffen mit Sharon und dem palästinensischen Premierminister Mahmoud Abbas (alias Abu Mazen) in Akaba, Jordanien, seine „Road Map“ [Straßenkarte] zur (letztendlichen) Schaffung eines palästinensischen Rumpf„staates“ in (einem Teil von) den besetzten Gebieten vor. Auf die Ankündigung folgte eine Reihe militärischer Vorstöße der Israelis, darunter die Raketenangriffe auf die dicht besiedelte Stadt Gaza, durch die in einer einzigen Woche 24 Palästinenser getötet wurden. Die zionistischen Gräueltaten hatten angeblich das Ziel, Terroranschläge durch die

Ermordung von Hamas-Kämpfern zu verhindern, in Wirklichkeit aber sollten sie *mehr* Selbstmordbombenattentate provozieren. Die islamischen Fundamentalisten von Hamas antworteten mit der Ermordung von 21 Israelis in derselben Woche des Blutvergießens, die meisten davon Zivilisten, krimineller Weise nur deshalb umgebracht, weil sie Israelis waren.

Es war eine ähnliche zionistische Provokation, die im Herbst 2000 die gegenwärtige Spirale von israelischem Terror und palästinensischem Widerstand auslöste, als Sharon mit mehr als 1000 schwer bewaffneten Soldaten über die für Muslime heilige Stätte von Al Aksa in Jerusalem marschierte. Als US-Präsident Clinton im November 2000 Jassir Arafat traf, reagierte Israel mit einem Bombenattentat auf einen Aktivist von Arafats Fatah-Organisation, wobei auch zufällige Passanten ermordet wurden. Ebenso wurde [US-Außenminister] Colin Powells Ankündigung einer „Friedens“initiative im Juni 2001 mit einem israelischen Raketenangriff in der Westbank begrüßt. Als Arafat im Dezember 2001 einen Waffenstillstand ausrief, antwortete Israel abermals mit einem Attentat auf einen Fatah-Führer und löste damit die bis dahin größte Welle von Selbstmordbombenattentaten aus. Das führte im

Fortgesetzt auf Seite 2

Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

„Road Map“ ...

Fortsetzung von Seite 1

März 2002 zur erneuten Besetzung palästinensischer Gebiete durch israelische Truppen überall in der Westbank, wo sie noch heute stehen.

Bei jedem zionistischen Vernichtungsfeldzug gegen Palästinenser wurde Israel von den US-Imperialisten – Demokraten wie Republikaner – in jeder Beziehung unterstützt, mit Waffen, Nachschub und durch Milliardenzahlungen. Als Bush Scharon wegen eines kürzlichen Kampfhubschrauberangriffes leicht tadelte, hatte dies Empörungsschreie sowohl von liberalen Demokraten als auch von rechtsgerichteten Republikanern zur Folge.

Neuerliches Auftrumpfen der US-Macht im Nahen Osten nach ihrer Invasion und Besetzung des Iraks wird zwangsläufig weitere Massaker an Palästinensern zur Folge haben. Bei den jüngsten Verhandlungen handeln die Vereinigten Staaten buchstäblich mit palästinensischem Blut: So genannte „target assassinations“ [gezielte Attentate] gegen palästinensische Aktivisten werden jetzt ausdrücklich von US-Überwachern gebilligt!

Das Abkommen über einen israelischen Teilabzug aus Gaza und Bethlehem ist eine groteske Karikatur des „Gaza-Jericho-zuerst“-Abkommens, das der erste Schritt zum Osloer „Friedens“-abkommen von 1993 war, durch das die Palästinensische Autonomiebehörde geschaffen wurde. In einem Artikel unter der Überschrift „Israel-PLO Deal for Palestinian Ghetto“ [Israel-PLO-Deal für Palästinenser-Ghetto] schrieben wir, dass dieses Abkommen „nicht einmal in deformiertester Weise eine Selbstbestimmung anbietet“ und stattdessen „der nationalen Unterdrückung der leidgeprüften palästinensisch-arabischen Massen die offizielle Zustimmung der PLO geben würde“ (*Spartakist* Nr. 107, Oktober 1993).

Zehn Jahre später ähnelt ein Großteil der Westbank einer Wüstenei aus zerstörten Gebäuden, kaputter Infrastruktur und verlassenen Dörfern. Jede Stadt von einiger Bedeutung ist umgeben von Militärkontrollpunkten, Betonblöcken, Stacheldraht oder Gräben. Die Zahl von ultrachauvinistischen Siedlern, die überall in den besetzten Gebieten ungehindert wüten und dabei Land stehlen und Palästinenser terrorisieren, hat sich seit 1993, Ostjerusalem eingeschlossen, auf jetzt insgesamt 400 000 verdoppelt. Die ganze Westbank ist übersät von militärischen Außenposten und befestigten Siedlungen, zerschnitten von „Umgehungsstraßen“, die für Palästinenser gesperrt sind. Die Verteidigung

der Palästinenser muss mit der Forderung beginnen nach *sofortiger Beseitigung aller antiarabischen Befestigungen in den besetzten Gebieten – der Truppen, der Siedlungen und des Apartheid-Straßennetzes*.

Um letzte Hand anzulegen an etwas, das mehr nach einem Konzentrationslager oder Ghetto als nach einem Staat aussehen wird, errichten die Zionisten um die gesamte Westbank eine Betonmauer, die mit reichlich Stacheldraht und Wachtürmen alle 300 Meter versehen ist, passend zu dem Elektrozaun, der bereits Gaza umgibt. Nach einem Bericht von Jonathan Cook in der *International Herald Tribune* (27. Mai) sagte Scharon kürzlich, dass die Mauer mindestens 1 000 Kilometer lang sein wird, nahezu dreimal so lang wie die Grüne Linie, die Grenze zwischen Israel und der Westbank. Warum so lang? Cook erläuterte:

„Palästinensische Untersuchungen, basierend auf Anordnungen der israelischen Armee zur Landenteignung, ergeben eine Karte, die erkennen lässt, wie sich die Mauer tief in das Herz des palästinensischen Staates hineinwindet, sich auf einer sorgfältig ausgearbeiteten Route hin- und herschlingt, um so eine große Anzahl von Siedlern auf ‚Israels Seite‘ der Mauer zu behalten und die Größe des Gebietes, das den Palästinensern bleibt, auf ein Minimum zu reduzieren. Israel plant auch eine zweite, ähnlich gewundene Mauer nahe der Ostgrenze der Westbank, der Grenze zu Jordanien, was den Palästinensern noch mehr Land stehlen wird und keine ersichtlichen Sicherheitsvorteile bringt. Nach der Fertigstellung der Mauer zum Preis von mehr als 2 Milliarden Dollar werden die Palästinenser in zwei winzigen Staaten hinter Umzäunungen aus Beton und Elektrodraht leben, beschränkt auf ihre Hauptsiedlungsgebiete.“

Das ist die „einseitige Abtrennung“, die das zionistische „Friedenslager“, repräsentiert durch Leute wie Meretz-Sprecher Jossi Sarid, lautstark gefordert hat.

Laut *Le Monde Diplomatique* (November 2002) werden sich schätzungsweise 290 000 Palästinenser auf der israelischen Seite der Mauer wieder finden, ebenso wie ganz Ostjerusalem und die umliegenden Vororte. Viele von ihnen werden von ihren Feldern oder anderen Grundlagen ihrer Existenz abgeschnitten sein. Etwa 70 000 dieser Palästinenser „haben offiziell nicht das Recht, ihren Wohnsitz in Israel zu haben“, und sind daher „äußerst schutzlos und werden wahrscheinlich vertrieben werden“. Tatsächlich kann der sich ergebende palästinensische „Staat“ durchaus

Fortgesetzt auf Seite 9

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Sylvia Kint

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist.redaktion@freenet.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10557 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 151

SOMMER 2003

SPARTAKIST

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50; Übersee Luftpost: € 10,-
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

151

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Dieser Ausgabe des *Spartakist* wird im Postvertrieb als Supplement ein *Spartakist*-Flugblatt vom 28. Juli 2003 beigelegt.

Der 17. Juni 1953 gehört der Arbeiterklasse, nicht der Bourgeoisie!

Die herrschende Klasse in Deutschland und ihre SPD/Grünen-Regierung haben sich zum 50. Jahrestag des Arbeiteraufstands vom 17. Juni 1953 überschlagen, diesen als einen antikommunistischen Aufstand für die „deutsche Einheit“ zu präsentieren. Diese Darstellung ist völlig falsch. Der 17. Juni war der Versuch einer proletarisch-politischen Revolution, die die kollektivierten Eigentumsverhältnisse bewahren wollte, aber die korrupte und unterdrückerische stalinistische Bürokratie durch demokratisch gewählte Arbeiterräte ersetzen wollte. So riefen die Hennigsdorfer Stahlarbeiter bei ihrem Marsch durch Westberlin zur Bildung einer Metallarbeiter-Regierung auf, basierend auf Fabrikräten. Wie wenig die Arbeiter von der kapitalistischen Adenauer-Regierung im Westen hielten, machte ein Transparent an der Bahnstrecke zum Westen deutlich: „Räumt ihr den Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!“

Die SPD posierte vor dem Arbeiteraufstand als Unterstützer der Arbeiter der DDR. Als die Kämpfe ausbrachen, folgte die SPD den Befehlen ihrer CIA-Zahlmeister und stemmte sich wie zu erwarten vehement gegen die Mobilisierung der Arbeiter in Westdeutschland gegen das reaktionäre kapitalistische Adenauer-Regime und in Solidarität mit ihren Klassenbrüdern in der DDR. Die SPD fürchtete gerade, dass die militanten antikapitalistischen Kämpfe sich auf den Westen ausweiten und so ihr inniges Verhältnis mit dem Imperialismus und dem westdeutschen Kapital gefährden würden.

In einer Artikelserie zum 17. Juni 1953 in ihrer theoretischen Zeitung *Revolutionärer Marxismus* vom Winter 1993/94 schrieb die rechtszentristische Gruppe Arbeitermacht (GAM): „Die SPD hätte aufgefordert werden müssen, sich auf die Komitees und Organe des Generalstreiks zu stützen und mit dem Parlament zu brechen. Gleichzeitig hätten Trotzlisten davor warnen müssen, dass sie es nicht tun wird, um ihre Basis von ihr loszuberechen und über sie hinwegzugehen.“ In der *Neuen Internationale* vom Juni 2003 wiederum schwadronieren sie viel von Streikkomitees, die die Arbeiter im Westen hätten mobilisieren sollen, und dass, „gekoppelt mit Aufrufen an Gewerkschafts- und SPD-Führung den Streik zu führen, entschädigungslose Verstaatlichung der Schwerindustrie unter Arbeiterkontrolle, Abzug der alliierten Besatzungstruppen der NATO hätten zentrale Forderungen sein müssen“. Aber das Vertrauen in die Sozialdemokratie als „legitime“ Vertretung der Arbeiterklasse, das die GAM hier verbreitet, bezieht sich nicht nur auf die Vergangenheit. Im April 1990 forderte die britische Mutterorganisation der GAM, Workers Power, von SPD und PDS: „Sie müssen dazu gezwungen werden, ihre Stimmen im Parlament dazu zu benutzen, jede Änderung in der Verfassung zu blockieren, die dieser Restauration und allen



Verlag Haus am Checkpoint Charlie

Juni 1953: Hennigsdorfer Stahlarbeiter fordern auf dem Marsch durch Westberlin eine Metallarbeiter-Regierung für ganz Deutschland

anderen gegen die Arbeiter gerichteten Maßnahmen dient.“ Gemeint war hier die kapitalistische Konterrevolution in der DDR, die sowohl von der SPD als auch von der PDS betrieben wurde.

Das, was die GAM als Taktik verkaufen möchte – die SPD zu „testen“ und angeblich die Basis von ihr „loszuberechen“ –, ist nichts anderes, als die Arbeiter, die nach einer Alternative zu ihrer verräterischen Führung suchen, geradezu wieder diesen Verrätern in die Arme zu treiben. In einer vorrevolutionären oder revolutionären Situation ist dies direkter Verrat an der Revolution. Die SPD war in den 50er-Jahren – und ist es heute nicht weniger – eine rabiate antikommunistische Organisation, die darauf zielte und dafür agitierte, die längst zu Polen gehörenden Gebiete wieder „Heim ins Reich“ zu holen. Das sagt die GAM aber niemals, sondern sie schürt Illusionen, dass die SPD irgendwie für „entschädigungslose Verstaatlichung“ hätte sein können oder dass die SPD, die zu der Zeit ein Sprachrohr der CIA war, den Abzug der NATO-Truppen hätte fordern können. Erst später, als der deutsche Imperialismus wieder an Kraft gewonnen hatte, entwickelte die SPD die Ostpolitik als ein Mittel, den sowjetischen Block durch stärkere ökonomische Beziehungen zu unterminieren und dadurch die Kräfte der internen Konterrevolution zu fördern. Die Politik der GAM heißt einfach, der offen prokapitalistischen SPD eine linke Flankendeckung zu geben. Aber das Konzept, die Arbeiterklasse unabhängig von der Bourgeoisie zu mobilisieren, die Arbeiter von ihrer verräterischen sozialdemokratischen Führung zu brechen und eine revolutionäre Partei aufzubauen, die den Sturz der Kapitalisten organisiert, lehnen sie in der Tat ab.

In dem folgenden nachgedruckten Artikel aus dem *Spartakist* Nr. 47 vom Juni 1983 zogen wir die Lehren aus der Niederlage der Arbeiter 1953, vor allem, dass ohne eine revolutionäre Führung die Arbeiterklasse nicht gewinnen

Fortgesetzt auf Seite 4

17. Juni 1953...

Fortsetzung von Seite 3

kann. Wir kämpften 1989/90 darum, den Arbeitern und Jugendlichen diese revolutionäre Führung zu geben, die in der DDR auf die Straße gingen mit Bannern und Plakaten wie „Bildet Räte“ oder der Forderung nach einer „neuen kommunistischen Partei“, um die bankrotte SED-Führung zu stürzen und nach einer sozialistischen Alternative zu suchen. Wir agitierten „Für ein rotes Rätendeutschland!“ und „Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!“ – durch eine soziale Revolution im Westen und eine proletarisch-politische Revolution im Osten – mit der fast täglich erscheinenden *Arbeiterpressekorrespondenz*, die durch sich bildende Spartakistgruppen bald in vielen Teilen der DDR vertrieben wurde.

Der Höhepunkt unserer Intervention war die Einheitsfront-Mobilisierung am 3. Januar 1990 nach der Schändung des sowjetischen Ehrenmals durch Nazis in Berlin-Treptow. Die Resonanz, die unsere Mobilisierung in Berliner Betrieben fand, veranlasste die damalige SED-PDS, diese Einheitsfrontdemonstration zu unterstützen. Es kamen 250 000 zu dieser prosozialistischen und prosowjetischen Demonstration. Wir warnten vor der kapitalistischen Wiedervereinigung und den Folgen, die diese mit sich bringen würde, wie Massenarbeitslosigkeit und aufsteigenden Nazi-Terror, und betonten, dass die SPD das Trojanische Pferd der Konterrevolution ist. Hier standen sich das IKL-Programm der politischen Revolution und das stalinistische Programm von Kapitulation und Konterrevolution direkt gegenüber. Am nächsten Tag distanzieren sich Gregor Gysi und die PDS-Führung von der Demonstration und Ende Januar signalisierte Modrow aus Moskau kommend mit „Deutschland einig Vaterland!“, dass die PDS jetzt offen für die kapitalistische Wiedervereinigung eintrat. Es waren die stalinistische Kreml-Bürokratie um Gorbatschow und die PDS-Führung, die die prosozialistische Arbeiterklasse der DDR in die Konterrevolution führten.

Der Kampf, die Arbeiterklasse von ihrer sozialdemokratischen Führung zu brechen und die Arbeiterklasse an die Macht zu führen, erfordert eine revolutionäre *Partei*, die genau diesen Kampf gegen die Sozialdemokratie und ihre linken Anhängel führt. Wir haben in unserem Kampf für die proletarisch-politische Revolution und gegen die Konterrevolution in der DDR und Sowjetunion bewiesen, dass die IKL der Kern dieser Partei ist.

Der Aufstand vom 17. Juni war die erste Rebellion gegen die Bürokratie in einem deformierten Arbeiterstaat. Es war ein Aufstand für ein rotes Rätendeutschland, für die revolutionäre Einheit des deutschen Proletariats, und nicht eine antikommunistische Revolte, wie die revanchistische deutsche Bourgeoisie und die Apologeten der Niederschlagung des 17. Juni uns weismachen möchten. Es war kein prokapitalistischer „Volksaufstand“ am „Tage X“, sondern eine fast ausschließlich von ostdeutschen *Arbeitern* getragene Rebellion in Ostberlin und den Industriegebieten um Halle-Bitterfeld. Der 17. Juni 1953 war nicht Solidarnośćs Polen: weder religiöse und antisowjetisch-nationalistische Töne noch Unterstützung für das imperialistische Westdeutschland und die USA. Vielmehr forderten die klassenbewußten Arbeiter, die keine Rückkehr zum Kapitalismus wollten, unter anderem eine „Metallarbeiterregierung“. Der Aufstand vom 17. Juni hätte zu einem revolutionär wiedervereinigten Deutschland führen und damit die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa auf die Tagesordnung setzen können. Aber um zu siegen, hätte der Arbeiteraufstand einer trotzkistischen Führung bedurft, die das ostdeutsche Prole-

tariat mit dem klaren Programm der politischen Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie bewaffnet und das westdeutsche Proletariat zur Verteidigung der Errungenschaften des ostdeutschen Arbeiterstaates und zur sozialistischen Revolution zum Sturz der Bourgeoisie mobilisiert hätte.

Als der Aufstand am 16./17. Juni losbrach, fürchtete die deutsche Bourgeoisie zu Recht die entfesselte Macht des ostdeutschen Proletariats, die auch zum Sturz ihrer Klassenherrschaft im Westen hätte führen können. Das gleiche traf für ihre sozialdemokratische Agentur innerhalb der Arbeiterbewegung zu. Die SPD folgte der Order ihres Zahlmeisters von der CIA und rührte keinen Finger, um die westdeutschen Arbeiter zur Unterstützung ihrer ostdeutschen Klassenbrüder gegen die reaktionäre kapitalistische Adenauer-Regierung zu mobilisieren. Alles, was den bürgerlichen Geschichtsfälschern bleibt, ist der Versuch, den 17. Juni in einen revanchistischen „Tag der deutschen Einheit“ umzumünzen, in einen Feiertag des deutschen Imperialismus, an dem er unverhohlen seine Besitzansprüche auf seine nach dem Zweiten Weltkrieg verlorenen Ostgebiete anmeldet, „von der Maas bis an die Memel“.

Aber der 17. Juni 1953 gehört der Arbeiterklasse, nicht der Bourgeoisie! Es ist unsere Aufgabe als leninistische Revolutionäre, die Lehren aus dem gescheiterten Aufstand zu ziehen, um die Arbeiter im Osten und Westen für einen neuen, siegreichen 17. Juni auszurüsten zu können.

Stalin – Totengräber der Revolution

Anfang 1945 befreite die sowjetische Rote Armee Ostdeutschland vom Hitlerfaschismus. Aber die Rote Armee war als bewaffneter Arm der Kreml-Bürokratie gekommen, der ausschließlich an der Sicherung ihrer Grenzen mit Pufferzonen im Vorfeld gegen ein neues imperialistisches „Unternehmen Barbarossa“ gelegen war. Die einzige Möglichkeit zur wirksamen Verteidigung der UdSSR wäre die *Ausweitung* der Revolution auf ganz Europa gewesen. Es war ein Verbrechen der Stalinisten mit ihrer Konzeption des „Sozialismus in einem Lande“, daß der Kapitalismus in Westeuropa wiederaufgebaut und die deutsche Arbeiterklasse gespalten wurde. Verschleiern, daß neben der feigen Sozialdemokratie auch die stalinistische KPD/Komintern die Arbeiter kampfflos dem Hitlerfaschismus ausgeliefert hatte, wurde die Lüge von der „Kollektivschuld des deutschen Volkes“ in die Welt gesetzt. Die Arbeiter in der sowjetisch besetzten Zone wurden nicht ermuntert, ihre Betriebe in die eigene Hand zu nehmen. Vielmehr galten

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44



kein Bildnachweis

Beginnende proletarisch-politische Revolution in der DDR wurde durch sowjetische Panzer im Juni 1953 unterdrückt

die ostdeutschen Fabriken ausschließlich als Quelle für die Reparationsforderungen. Ebenso wie in den Westzonen alle Ansätze spontaner Arbeiterorganisation zerschlagen wurden, fürchtete auch der Stalinismus die Revolution. Alle echten Ansätze von Vereinigungen von SPD- und KPD-Arbeitern wurden bürokratisch aufgelöst und 1946 durch eine von oben gesteuerte, peinlichst kontrollierte Vereinigung zur SED ersetzt. Später zwang die aktive antisowjetische Deutschlandpolitik des US-Imperialismus den Stalinismus zur Durchführung der Revolution von oben, 1948 war der ostdeutsche Arbeiterstaat ebenso wie die Entstehung der anderen deformierten Arbeiterstaaten des Sowjetblocks Ergebnis des Kalten Krieges. Und an der Spitze eines deformierten Arbeiterstaats stehend, ist die SED nicht eine bürgerliche Arbeiterpartei, sondern eine bürokratische Kaste, die ihre parasitäre Herrschaft gegen die Arbeiter verteidigt. Aber die wirkliche Macht lag nicht bei den Bürokraten in Pankow, sondern beim Kreml. Als ein Manöver zur Sicherung des Status quo, als ein Versuch in letzter Minute, den Beitritt Westdeutschlands zur NATO zu verhindern, schlug Stalin dann 1952 die Wiedervereinigung Deutschlands auf „neutraler“ Grundlage vor. Das hätte die Konterrevolution in der DDR bedeutet, die Wiedereinsetzung des preußischen Junkertums, der reaktionären Bastion des deutschen Imperialismus, die durch die bürokratische Ausdehnung der Oktobererrungenschaften vertrieben worden war. Aber Adenauer setzte auf die Westintegration als Vorbedingung einer Wiedervereinigung und lehnte ab.

Der Tod Stalins im März 1953 hatte nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die anderen Staaten des Sowjetblocks in eine Krise der Ungewißheit gestürzt. Die neue Parteiführung unter Berija und Malenkov versuchte durch diplomatische Abkommen mit dem Imperialismus (z.B. mit Israel, über die Türkei und Korea) und durch ökonomische Zugeständnisse an die kleinbürgerlichen Schichten der jungen bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten Atem zu schöpfen und die ökonomische Krise zu mildern.

„Sozialismus“ in einem halben Land

1953 war die DDR-Bürokratie mit für sie unlösbaren Problemen konfrontiert, für deren Entstehung sie größtenteils selber verantwortlich war. Die „großzügige“ amerikanische Marshall-Plan-Hilfe und die dadurch weitaus einfacheren Startbedingungen samt höherem Lebensstandard in Westdeutschland hatten neben einer verfehlten stalinistischen Politik (etwa der Zwangskollektivierung) eine massive Fluchtbewegung hunderttausender ostdeutscher

Arbeitskräfte in den Westen zur Folge. Eine willkürlich geplante Förderung der Schwerindustrie und eine Finanzkrise machten den Fünfjahresplan unerreichbar.

Am 14. Mai 1953 verabschiedete das ZK der SED eine Resolution gegen destruktive Aktivitäten „der bürgerlichen Elemente und des ganzen aufrührerischen Packs von Trotzisten, Zionisten, Freimaurern, Verrätern und moralisch verkommenen Individuen“ mit der Aufforderung an den Ministerrat, die Arbeitsnormen um mindestens 10 Prozent zu erhöhen. Die sowjetische Parteiführung verfolgte den Verzweiflungskurs in der DDR mit Unruhe. Semjonow, seit Ende Mai Chef der sowjetischen Hohen Kommission in Berlin, erstattete Bericht in Moskau und kam mit der Nachricht zurück, daß erstens keine Hilfe aus der UdSSR zu erwarten sei, die angesichts der Ausblutung des Landes durch den antifaschistischen Verteidigungskampf im Zweiten Weltkrieg selbst Probleme hatte, die eigene Bevölkerung zu ernähren. Zweitens sollte die Politik des „Neuen Kurses“ Walter Ulbrichts Linie des forcierten „sozialistischen Aufbaus“ und „verschärften Klassenkampfes“ ersetzen. Mit der Förderung der politischen Gegner Ulbrichts im ZK, den liberalen Stalinisten Zaisser und Herrstadt, die auch für eine versöhnlichere Haltung gegenüber dem Imperialismus eintraten, wurde am 9. Juni vom Politbüro des ZK der SED ein Kommuniqué verfaßt, demzufolge „in nächster Zeit ... eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt werden, die die begangenen Fehler korrigieren und die Lebenshaltung der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes verbessern“.

Nach der typischen Methode stalinistischer Zick-Zack-Politik sollten jetzt Abstriche am Schwerindustrialisierungsplan zugunsten der Förderung des Konsumgütersektors vorgenommen werden. Am weitreichendsten waren die Zugeständnisse an die Bauern, die aufgefordert wurden, auf ihre Güter zurückzukehren, und denen Kredite wie auch die Revision der bestehenden Ablieferungsquoten in Aussicht gestellt wurden. Es gab Zugeständnisse an die Kirche, z.B. Kirchensteuern durch den Staat zu erheben. Der regimekritische ostdeutsche Schriftsteller Stefan Heym gibt in seinem Roman *Fünf Tage im Juni* die Stimmung der Arbeiter treffend wieder:

„Alles ist nur ein Irrtum gewesen, erfahre ich, und wir haben den neuen Kurs, und jeder kriegt sein Geschenkchen, die Bauern ihre Höfe, die Ladenbesitzer ihre Lebensmittelkarten, für jeden ist was da – nur nicht für den Arbeiter, dem werden die Normen noch erhöht...“

Die wirtschaftlichen Maßnahmen der SED-Bürokratie gegen die Arbeiter wurden unerträglich: Am 12. Juni bringt *Neues Deutschland* einen Titelseitenartikel, der Arbeiter preist, die ihre Normen nicht nur um 10, sondern gar um 20-40 Prozent übererfüllt hatten.

Der 16. Juni: Die Bauarbeiter der Stalinallee brechen auf!

Bauarbeiter aus Friedrichshain beschließen eine Delegation zum Ministerpräsidenten Grotewohl und Parteigeneralsekretär Ulbricht zu schicken, um über ihre gekürzten Löhne zu verhandeln. 300 Bauarbeiter des Blocks 40 der Stalinallee – die gesamte Belegschaft – brechen ebenfalls auf, um ihre Kollegen zu unterstützen. Sie senden Delegierte aus und nach kurzer Zeit sind 2000 auf dem Weg: „Weg mit den Normenerhöhungen!“ Bald sind es 10 000: „Ulbricht muß weg!“

Die SED-Bürokratie ist paralysiert. Heinz Brandt, heute prominenter Antikommunist und Solidarność-Liebhaber

Fortgesetzt auf Seite 6



Berlin-Treptow, 3. Januar 1990: IKL rief vor 250 000 Demonstranten für Rotes Rätedeutschland, zur Verteidigung der Sowjetunion auf

Spartakist

17. Juni 1953...

Fortsetzung von Seite 5

und am 17. Juni selbst stalinistischer Funktionär, schreibt: „Die Partei- und Staatsfunktionäre wurden durch die Ereignisse überrumpelt und fortschreitend gelähmt. Etwas Ungeheuerliches, Unfaßbares vollzog sich vor ihren Augen: Der Arbeiter erhob sich gegen den ‚Arbeiter- und Bauernstaat‘.“ (*Ein Traum, der nicht entführbar ist*)

Ulbricht und Grotewohl verkrochen sich im Ministerratsgebäude. Einzig Fritz Selbmann, Industrieminister, hatte genug Courage, herauszukommen. „Du bist kein Arbeiter – sieh dich doch an!“, „Wir wollen Ulbricht und Grotewohl!“, „Nicht ihr, wir sind die wahren Kommunisten!“, schallte es ihm entgegen. Konfrontiert mit einer gewaltigen, machtvollen Mobilisierung des ostdeutschen Proletariats, verhielt sich die SED-Bürokratie zunächst abwartend.

Die Nachricht vom Aufmarsch der Ostberliner Bauarbeiter verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Als ein Arbeiter über den RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) – dem Hetzsender gegen die DDR – die Gelegenheit zur Rede bekam, äußerte er sich nicht in dessen Sinne, sondern rief zum Streik in *Großberlin* auf! Angefangen als ökonomischer Kampf gegen die Normenerhöhungen, stellten die Arbeiter sehr schnell politische Forderungen. Das ist nur ein anderer Ausdruck dafür, daß die Bürokratie keine kapitalistische Klasse ist. Die Arbeiter konnten keine ökonomischen Forderungen erkämpfen, ohne der stalinistischen Bürokratie die Kontrolle der wirtschaftlichen Administration zu entreißen.

17. Juni: Der Aufstand

In fast allen Ostberliner Betrieben hatten sich die Arbeiter am Morgen des 17. Juni versammelt, Streikkomitees wurden gewählt. Aber nicht nur in Ostberlin, in allen mitteleuropäischen Industriestädten gab es spontane Arbeiterversammlungen, Demonstrationen und Fabrikkomiteegründungen. 28 000 Arbeiter in den Leuna-Werken, die 18 000 in Buna, die 12 000 von Wolfen, die 12 000 von Hennigsdorf und Arbeiter in Halle, Bitterfeld, Merseburg, Leipzig, Jena, Gera und Görlitz. Demonstrationen wurden abgehalten unter dem Absingen traditioneller Kampflieder. Ein Teil der unteren und mittleren Parteikader ging auf die Seite der Aufständischen über. Das demonstrierte anschaulich den Charakter der stalinistischen Bürokratie als eine parasitäre *Kaste*, nicht Klasse, die auf den proletarischen Eigentumsformen eines Arbeiterstaats basiert. Der bürokratische Parteiapparat verfiel in Agonie, war von Zerfall bedroht und begann sich in seine proletarischen und probürgerlichen Be-

standteile zu polarisieren – wie es in der Ungarischen Revolution drei Jahre später in noch weit größerem Ausmaß geschah.

Während vielfach lokale Streikkomitees gewählt wurden, offenbarte sich im Verlauf des Aufstands, daß es sich um eine spontane und *führungslöse* Rebellion gegen die stalinistische Bürokratie handelte. Versuche, die Streikkomitees auszuweiten und zu zentralisieren, waren ungeplanter, nichtkoordinierter Natur und eher Ausnahme als die Regel. Es wurde kein Versuch unternommen, die lebenswichtigen Verkehrs- und Kommunikationsknotenpunkte zu besetzen, mit der Ausnahme von Dresden, wo Arbeiter das Hauptpostamt stürmten.

Insgesamt wurde in 272 ostdeutschen Städten gestreikt. 350 000 Arbeiter von insgesamt 5,5 Millionen beteiligten sich. In Berlin waren 150 000 auf der Straße, in Halle nahmen zwischen 60 000 und 80 000 Leute an einer Massendemonstration auf dem Marktplatz teil – Arbeiter, ihre Familien, Facharbeiter, Angestellte. Aber der Aufstand war vor allem eine Rebellion der Arbeiter der Schlüsselindustrien. Die Ereignisse in Ostberlin kulminierten in einem Massentreffen von 15 000 Hennigsdorfer und Ostberliner Metallarbeitern im Walter-Ulbricht-Stadion. Rufe nach dem Rücktritt der Regierung wurden laut: „Pankow pleite – neue Leute – noch heute!“ Und sie erhoben die Forderung nach der Bildung einer Metallarbeiterregierung, gestützt auf Streikkomitees und Fabrikräte. Aber noch bevor sie in Aktion treten konnten, wurde von der SED-Regierung nach sechsstündiger Gelähmtheit der Ausnahmezustand erklärt.

Die SED-Führung erklärte kurz und bündig, daß das Volk ihr Vertrauen verspielt hätte, und denunzierte den Aufstand als „faschistische Provokation“. Aber die wenigen antikommunistischen lumpenisierten Elemente, die aus Westberlin einströmten und sich in Ostberlin in den Aufstand mischten, spielten nur eine marginale Rolle und hätten leicht isoliert werden können. Die stalinistische Bürokratie mußte zur Dreckschleuder der Verleumdung greifen – ein siegreicher Aufstand hätte ihre parasitäre Herrschaft hinweggefegt.

Schließlich traten sowjetische Panzer auf den Plan und erstickten den Aufstand. „Die konterrevolutionäre Rolle der Kreml-Truppen“, erklärte die damals revolutionäre amerikanische Socialist Workers Party, „bestand in ihrer Konfrontation der unbewaffneten Arbeiterklasse mit der Zurschaustellung einer überwältigenden Macht, die das



Neu!
Spartacist
(deutsche Ausgabe)

Nr. 23
FRÜHJAHR 2003
48 Seiten

€ 1,50

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



Fotos: Spartakist

Berlin, 4. November 1989: Eine Million Menschen demonstriert mit prosozialistischen Losungen; Ausdruck von beginnender proletarisch-politischer Revolution gegen stalinistische Bürokratie

zerbrochene Regime vor einer entscheidenden Niederlage rettete. Die Revolution wurde dadurch abgeblockt, und die Arbeiter, die die politische Arena betraten, wurden zum Rückzug gezwungen.“

Die Rolle der sowjetischen Armee war konterrevolutionär, aber der Aufstand wurde ohne Blutbad erstickt. Diese Tatsache zeigt, daß es für die Aufständischen möglich gewesen wäre, ihre russischen Klassenbrüder in Uniform aufzufordern, gemeinsam gegen die stalinistische Bürokratie zu kämpfen. Die revolutionäre Einheit von deutschen und sowjetischen Arbeitern ist unabdingbar für den Sieg der politischen Revolution in der DDR und ihre Ausweitung nach Osten. Hunderttausende von sowjetischen Soldaten fielen bei der Befreiung Ostdeutschlands von der Nazi-Bestie. Lenin setzte 1917 auf die Revolution in Deutschland als die beste Hilfe für den isolierten sowjetischen Arbeiterstaat. Ein Sowjetdeutschland wäre ein machtvolleres Bollwerk für die Verteidigung der Sowjetunion und der osteuropäischen Arbeiterstaaten.

Aber das erfordert eine entschlossene Führung, wie es die bolschewistische Partei 1917 gewesen ist. Am 17. Juni fehlte diese Führung mit dem Programm, die Streikkomitees von Organen des Arbeiteraufstands zu Organen der Staatsmacht zu machen, den stalinistischen Staatsapparat zu zerschlagen und durch Arbeiterräte zu ersetzen. Räte-demokratie – nicht bürgerlicher Parlamentarismus – sollte die Parteien umfassen, die sich, gewählt von den Arbeitern, zur Verteidigung der sozialistischen Ordnung bekennen. In ihrem Programm hätte eine trotzkistische Partei gefordert: Für Gewerkschaften, unabhängig von bürokratischer Kontrolle, gestützt auf die Verteidigung der sozialistischen Eigentumsformen. Für Streikrecht. Für Arbeiterkontrolle über Produktion, Preise, Verteilung und Außenhandel. Für die Kollektivierung der Landwirtschaft. Für eine internationale sozialistische Wirtschaftsplanung.

Sozialdemokratie – Vehikel für die Konterrevolution

Für das deutsche Proletariat verfestigte die Niederlage vom 17. Juni seine Spaltung. Aber obwohl die deutsche Bourgeoisie alle Anstrengungen unternimmt, diesen Tag zu einer revanchistischen prokapitalistischen Revolte zu verfälschen, war es ein proletarischer Aufstand, der den Weg zu einem revolutionär wiedervereinigten Rätedeutschland hät-

te eröffnen können. Die Sozialdemokratie hat sich in den vergangenen Jahren zurückhaltender als die bürgerliche CDU zum 17. Juni geäußert. Sie versucht, die Ziele der deutschen Bourgeoisie, da sie anders als die CDU über Verbindungen und politischen Einfluß in der DDR verfügt, durch ökonomische Erpressung und innere Unterhöhlung der Arbeiterstaaten durchzusetzen. Daß es auch in ihren Vorstellungen nicht bei friedlichen Mitteln bleiben soll, drückte Helmut Schmidt im letzten Wahlkampf „im deutschen Interesse“ klar aus: „Neutralismus? Wir Deutschen verfügen über die modernste Armee der Welt!“

„Freie Wahlen in ganz Deutschland!“ war in den fünfziger Jahren eine beliebte Losung der SPD, denn sie konnte sich durch die bankrotte Politik des Stalinismus in der DDR hier durchaus Unterstützung erhoffen. Die am 17. Juni von Arbeitern in Magdeburg getragene Parole: „Wir verhandeln nicht mit Ulbricht und Adenauer, sondern nur mit Ollenhauer!“, dem damaligen SPD-Parteivorsitzenden, zeigte die Hoffnungen auf die Sozialdemokratie mit ihrem Scheinprotest gegen eine Westintegration. So lautete eine der Forderungen der ostdeutschen Arbeiter:

„Man soll nicht mehr warten, bis die Bonner Regierung die Initiative zur wirklichen deutschen Wiedervereinigung ergreift. Die DDR-Regierung muß sofort beginnen, die Barrieren, die die beiden Deutschland voneinander trennen, niederzureißen. Das Land muß durch geheime, allgemeine und freie Wahlen vereinigt und der Sieg der Arbeiter bei diesen Wahlen gesichert werden.“

Diese Illusionen der ostdeutschen Arbeiter, mit der SPD ihre sozialistischen Ziele zu erreichen, hätten aber von einer trotzkistischen Partei mit dem Programm der Ausweitung ihres Kampfes und der Mobilisierung des westdeutschen Proletariats zerstört werden können.

Willi Brandt erklärte 1951 ungeniert in seiner Schrift *Was geschieht am Tage X?* die konterrevolutionären Ziele der Sozialdemokratie. Er fordert den Weg zur Wiedervereinigung über „Freie Wahlen“. Sie sollte sich „zunächst“ nicht auf die „deutschen Gebiete (!) östlich der Oder und Neisse“ beziehen, wobei es „auf keinen Fall eine Anerkennung der willkürlichen Oder-Neisse-Linie“ geben darf. Aber die ostdeutschen Arbeiter traten am 17. Juni *nicht* für eine Annexion der „ehemaligen Ostgebiete“ der deutschen Bourgeoisie ein. Brandt führt dann weiter aus:

Fortgesetzt auf Seite 8

17. Juni 1953...

Fortsetzung von Seite 7

„Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die arbeitenden Menschen in der Sowjetzone ebenso entschieden gegen eine Reprivatisierung der großen Industrie Stellung nehmen, wie sie andererseits für eine völlige inhaltliche Neugestaltung der entprivatisierten Betriebe eintreten werden. Daß der privatwirtschaftliche Sektor wieder anwachsen würde, darf jedoch als sicher angesehen werden.“

Er fordert dann den „Neuaufbau demokratischer Parteien und einer freien Presse“ und natürlich zur Umsetzung seines Plans einer „friedlichen“ Konterrevolution „die wohl allgemein als unerlässlich betrachtete internationale Hilfe“. Letztere erhielt die SPD von der CIA und dem US-Imperialismus für ihr im ostdeutschen Untergrund wühlendes Ostbüro denn auch reichlich. Aber ein friedliches Hinüberwachen in den Kapitalismus, ein solches umgekehrtes reformistisches Modell, kann es nicht geben. Wenn der 17. Juni eines bewiesen hat, dann das, daß die Arbeiterklasse sich ihre Errungenschaften nicht einfach entreißen lassen wird und daß auch die von Brandt damals geträumten Schleichwege einer Einschmuggelung des Kapitalismus nicht zum Erfolg führen können.

Feuerprobe für Trotzlisten

„Und wo blieb die Sozialdemokratie?“, war der enttäuschte Ausruf des sich für einen Trotzlisten haltenden Führers des kaum noch „Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale“, deren eine Hälfte, die amerikanische Socialist Workers Party (SWP), sich inzwischen offen zum **Gegner** des Trotzismus erklärt hat. Die trotzkistische Vierte Internationale wurde durch „Führer“ wie Mandel und Pablo zerstört, die im Stalinismus oder, bei einer sozialdemokratisch beherrschten Arbeiterklasse wie in Westdeutschland, in der Sozialdemokratie ein Mittel zur Abkürzung für die Revolution entdeckten. Die Antwort von Pablos Internationalem Sekretariat auf den 17. Juni 1953 war ein Manifest, das zur „wirklichen Demokratisierung der Kommunistischen Parteien“ – d. h. bürokratische Selbstreform – aufrief.

Ernest Mandel, der damals unter dem Pseudonym Wilhelm Sprenger in dem linkssozialdemokratischen Journal *pro und contra* schrieb, versuchte die ostdeutschen Arbeiter direkt in die Arme der konterrevolutionären SPD-Führer zu treiben: Für ihn waren die Illusionen in Ollenhauer **positiv**, eine Garantie, daß der Arbeiteraufstand „nach vorwärts wies, zum demokratischen Sozialismus, nicht nach rückwärts zur kapitalistischen ‚Freiheit‘“. Und das ist sein Programm: „Es liegt im Rahmen des Möglichen und des Erreichba-

ren, die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem überwältigenden Erfolg der Arbeiterbewegung und des Sozialismus zu gestalten. Freie, geheime, allgemeine Wahlen in Gesamtdeutschland bedeuten, bei einer richtigen SPD-Politik, eine absolute Mehrheit für die deutsche Sozialdemokratie, die erste rein-sozialdemokratische Regierung in der deutschen Geschichte.“ (*was tun*, 29. Juni 1978)

Was dieser Pseudotrotzkist hier bewußt verschweigt, es **gab** in Deutschland eine andere „rein-sozialdemokratische“ Regierung, die Regierung von Ebert, Scheidemann und dem Bluthund Noske. Und sie herrschte auf den Leichen von tausenden Proletariern, um die Macht wieder an die Bourgeoisie zu übergeben. Trotzlisten hätten für die Mobilisierung der westdeutschen Arbeiter gegen die Adenauer-Regierung gekämpft und versucht, mit dem Funken des ostdeutschen Arbeiteraufstands ganz Deutschland durch einen Generalstreik in Brand zu setzen. Mandel richtete sich gegen die Entfesselung der Macht des westdeutschen Proletariats: „Natürlich war es nicht möglich, am 17. Juni in der Bundesrepublik den Generalstreik zu proklamieren: dafür fehlten die objektiven Voraussetzungen“ (*was tun*, 29. Juni 1978). Natürlich fürchteten die sozialdemokratischen Kalten Krieger, die nach dem Krieg halfen, Westdeutschland als antikommunistisches Bollwerk gegen die Sowjetunion aufzubauen, nichts mehr als einen Generalstreik. Für wirkliche Trotzlisten hätte die Ausweitung der Streikbewegung auf Westdeutschland die Möglichkeit bedeutet, das westdeutsche Proletariat im Kampf um seine Klasseninteressen vom Würgegriff seiner bürokratischen Irreführer zu befreien.

Die Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA) geht in ihrer Unterstützung der SPD und des Revanchismus in den Farben des „demokratischen Sozialismus“ unter den selbsternannten Trotzlisten am weitesten. Die Forderungen der ISA würden einem Antikommunisten à la Schumacher voll zur Ehre gereichen: „Sofortige Wiedervereinigung Deutschlands – bedingungslos“, „Weg mit Mauer und Grenze in Deutschland und Berlin“, „Freie Wahlen in ganz Deutschland“. Damit reiht sich die ISA in den antisowjetischen Kriegskurs gegen das Land der Oktoberrevolution ein.

Am 17. Juni 1953 erlitten die Arbeiter eine Niederlage. Aber ihr Kampf ist ein Leuchtfeuer für die Arbeiter Deutschlands und ganz Europas. Im Gegensatz zur polnischen Solidarność – der gelben Gewerkschaft im Dienste von NATO und deutschen Bankiers – kämpften die ostdeutschen Arbeiter für den Sozialismus. Im Geist der Arbeiter vom 17. Juni ist es allein die internationale Spartacist Tendenz [Vorläuferorganisation der IKL], die für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa kämpft. 1953 erklärte die damals revolutionäre SWP:

„Um die großen revolutionären Gelegenheiten zu verwirklichen, die sich durch diese Ereignisse geboten haben, wird die Organisation einer revolutionären Partei des deutschen Proletariats unabdingbar. Bei der Darlegung der Bedingungen für eine erfolgreiche politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie sagte Trotzki 1924: ‚Vor allem müssen wir als unveränderliches Axiom festlegen – diese Aufgabe kann nur durch eine revolutionäre **Partei** gelöst werden.‘ Heute ist das wahrer denn je.“ („The East German Uprising“, von den Herausgebern der *Fourth International*)

In der Tradition von Lenin, Trotzki, Luxemburg und Liebknecht kämpft die TLD [Vorläuferorganisation der SpAD] für den Aufbau einer siegreichen kommunistischen Partei als Sektion der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale, Weltpartei der sozialistischen Revolution. ■



Bestell!

Rede des Spartakist-Redakteurs Steffen Singer zu dem Kampf der IKL in der DDR 1989/90 für ein Rotes Rätendeutschland

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



AFP

Flüchtlingslager Dschenin, Westbank, 27. Mai

„Road Map“ ...

Fortsetzung von Seite 2

für Israel zu einem Abladeplatz werden, wohin Israel seine palästinensischen „Bürger“ ausweist, die über 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Bush: „Gott erteilt mir den Auftrag ...“

Das Osloer Abkommen von 1993 hat keineswegs zu einem unabhängigen Palästinenserstaat geführt, sondern der gegenwärtigen Verelendung und Ghettoisierung des palästinensischen Volkes den Weg geebnet. Heute würde Israel nicht einmal in den Rückzug aus der gesamten Westbank und Gaza einwilligen. Nach einer von Clinton 1998 arrangierten Abmachung kommentierte der Historiker Norman G. Finkelstein treffend: „Abgesehen von ‚Extremisten‘ spricht niemand mehr von einem vollständigen Rückzug. Tatsächlich wird inzwischen die Forderung nach vollständigem Rückzug mit der Forderung nach Null-Rückzug gleichgesetzt, da Experten die ‚Extremisten auf beiden Seiten‘ verurteilen.“

Noch vor ein paar Jahren wurden Forderungen nach einer Zwangsvertreibung der Palästinenser – beschönigend „Transfer“ genannt – und die Benennung der Westbank mit ihren biblischen Namen Judäa und Samaria öffentlich nur von Elementen des ultrarechten Randes der israelischen Gesellschaft (wie Sharon) geäußert. Heute sind diese extremen Standpunkte nicht nur im herrschenden zionistischen Establishment, sondern auch in Teilen des herrschenden amerikanischen Establishments geläufig, worauf z. B. die Tatsache hinweist, dass die *New York Times* (18. Mai) vor kurzem einen größeren Artikel über die wachsende Unterstützung in Washington für einen „Transfer“ veröffentlichte. Beispielhaft für diese Ansichten ist die unheilige Allianz aus evangelischen Christen und zionistischen Neokonservativen wie Paul Wolfowitz und Richard Perle, beide einflussreiche Pentagon-Leute. Perle und Wolfowitz dienten Sharons Vorgänger Benjamin Netanjahu als Berater bei den israelischen Wahlen von 1996, wo sie ihn drängten, Oslo aufzugeben und gegen die Palästinenser

Krieg zu führen. Der Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus Tom DeLay, ein evangelischer Christ, sagt statt Westbank stets Judäa und Samaria.

Wie der *Times*-Artikel hervorhebt, vertritt die evangelisch-christliche Basis der Bush-Regierung heute den völkermörderischen Standpunkt: „Jordanien ist Palästina“ – d. h. die Vertreibung aller Palästinenser aus Israel und den besetzten Gebieten. Die verrückte Geisteshaltung dieser messianischen Fanatiker kommt in folgenden Erklärungen von Bush und Sharons Kabinettsminister Benjamin Elon zum Ausdruck. Laut Abbas bekundete Bush in Akaba: „Gott sagte mir, ich soll gegen Al Qaida losschlagen, und ich schlug sie, und dann beauftragte er mich, gegen Saddam losschlagen, was ich tat, und jetzt bin ich dazu entschlossen, das Problem im Mittleren Osten zu lösen. Wenn Sie mir helfen, werde ich handeln, und wenn nicht, werden die Wahlen kommen und ich werde mich auf sie konzentrieren müssen“ (*Ha'aretz*, 24. Juni). Elon lässt irre Tiraden los: „Für die Christen mit der Führerschaft von Bush und für die Juden mit der Existenz des Staates Israel eröffnet sich die Gelegenheit, der islamischen Welt klar zu machen, dass wir Macht haben und dass wir hier sind.“ Der *Times*-Artikel berichtete über Elon, der vor der Christian Coalition [Christliche Koalition] in den USA eine Ansprache hielt: „Er wurde von Tausenden evangelischer Christen bejubelt, die israelische Fahnen schwenkten, als er die ‚Umsiedlung‘ der Palästinenser nach Jordanien forderte.“

Das Schimpfwort „Selbsthasser“, das die Zionisten in ritueller Weise antizionistischen Juden entgegenschleudern, trifft wahrhaftig auf die Zionisten zu; in ihrem Streben nach israelischer Expansionspolitik machen sie gemeinsame Sache mit den schlimmsten Feinden des jüdischen Volkes. Über Elon schrieb die *Times*: „Die Bibel, sagt er, ist das, wo sich Christen und Juden treffen; die Auseinandersetzung zwischen ihnen beginnt erst mit dem Neuen Testament“ – da ist es egal, dass Elons „neutestamentarische Verbündete“ die Juden beschuldigen, Jesus ans Kreuz geschlagen zu haben! In Wirklichkeit unterstützen die christlichen Fundamentalisten eine jüdische Herrschaft über Israel nur deshalb, weil diese in ihrer Mythologie die „zweite Ankunft“ Christi einleiten wird, nach der die Juden (und andere Ungläubige) in der Hölle landen müssen!

Für arabisch-hebräische Arbeiterrevolution!

Das Gefühl von Frustration und Verzweiflung bei vielen, die sich mit der palästinensischen Sache solidarisieren, über die Aussichten auf nationale Befreiung der Palästinenser zeigte sich deutlich auf einer internationalen Konferenz von Al-Awda (die Koalition Palästinensisches Recht auf Rückkehr) in Toronto am Wochenende vom 20. bis 22. Juni. Eine Reihe von Teilnehmern war von der Internationalen Solidaritätsbewegung, deren Aktivisten mutig ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, als sie sich zusammen mit bedrängten Palästinensern israelischen Truppen und Siedlern in den besetzten Gebieten entgegenstellten. Ein *WV*-Reporter auf der Konferenz stellte über viele der Teilnehmer fest: „Sie denken, die PLO hat die palästinensische Sache von Grund auf verraten, als sie das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr preisgab und die Existenz eines zionistischen Staates, der Palästinenser ausschließt, akzeptierte. Sie verzweifeln auch an dem Aufstieg fundamentalistischer Kräfte wie Hamas und Islamischer Dschihad und sind zumindest formal gegen antijüdischen Rassismus.“

Feindschaft gegenüber den arabischen bürgerlichen Regimen war auf der Konferenz weit verbreitet. Eine Sitzung der Konferenz war den Lebensbedingungen palästinensischer Flüchtlinge im Libanon, in Jordanien und in Syrien gewidmet, und ein Aufruf zur Konferenz auf der

Fortgesetzt auf Seite 10

„Road Map“ ...

Fortsetzung von Seite 9

Website von Al-Awda sprach auch die Behandlung von Palästinensern im US-besetzten Irak an:

„Tausende von Palästinensern, die in Bagdad oder anderen irakischen Städten leben, sind von bewaffneten Gruppen, die von den Besatzern unterstützt und finanziert werden, misshandelt und aus ihren Häusern und Wohnungen vertrieben worden. Inzwischen führt eine Gruppe libanesischer Politiker eine Initiative an, Tausenden von eingebürgerten palästinensischen Flüchtlingen ihre libanesischer Staatsbürgerschaft zu entziehen und sie damit grundlegender bürgerlicher und sozialer Rechte zu berauben.“

Verschiedene Sprecher auf der Plenarsitzung der Konferenz zum Thema „PLO: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ versuchten den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem die PLO vom rechten Weg abkam. Ein Redner bezeichnete das Osloer Abkommen von 1993 als den entscheidenden Verrat der PLO. Ein anderer ging weiter zurück und legte den Schwerpunkt auf die Akzeptierung der Idee eines palästinensischen „Ministaates“ durch die PLO in den 70er-Jahren. Wieder ein anderer konzentrierte sich auf 1970, als die PLO sich weigerte, für den Sturz des Regimes von Jordaniens König Hussein zu kämpfen, der im berühmten Massaker vom „Schwarzen September“ über 10000 PLO-Kämpfer abschlachtete: „Gespräche mit König Hussein als ‚arabischem Bruder‘ zu führen war ein Verrat an allem, wofür wir eintraten... Nicht nur Israel hat Phosphorbomben gegen uns eingesetzt, König Hussein hat das genauso getan.“

(Als ein Ausdruck für die Empörung über die gegenwärtige PLO-Führung erzählte ein Redner den folgenden Witz: Es gibt ein Badehaus, das Kunden ihren Verbrauch an Seife in Rechnung stellt. Sharon taucht auf und fragt: „Wie viel?“ „100 Schekel“, antwortet der Bademeister. „Sie sind ziemlich dick und ich bin nicht einmal sicher, ob wir genug Seife haben.“ Dann taucht Abu Mazen auf und fragt nach Seife. „Für Sie 200 Schekel“, sagt der Bademeister. „Was? Sharon hat nur 100 Schekel gezahlt und er ist viel fetter als ich“, sagt Abu Mazen. Der Bademeister antwortet: „Ja, aber Sie sind viel schmutziger.“)

Ein Redner auf der Sitzung zur PLO sagte: „Wenn man nicht mehr sein Volk und sein nationales Befreiungsprogramm vertritt, dann ist da nicht mehr viel übrig von der PLO.“ Doch das kleinbürgerlich-nationalistische Programm der PLO, selbst in seinen linken Varianten, wie sie von der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) und der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) vertreten werden, verkörperte niemals die Bestrebungen der palästinensischen Massen, sondern vielmehr die der palästinensischen Mächtigen-Bourgeoisie. 1970 erklärte DFLP-Führer Nayef Hawatmeh: „Wir wollen einen demokratischen und sozialistischen Staat errichten, wo Israelis und Araber die gleichen Rechte haben; einen Staat, wo es keine Form von Unterdrückung gibt; einen Staat schließlich, wo die Macht, und zwar die gesamte Macht, von Arbeiter- und Bauernsojets ausgeübt wird“ (Pathfinder Press, *Documents of the Palestinian Resistance Movement*, 1971). Doch trotz solch linker Phrasendrescherei hielt die DFLP in der Praxis weiterhin an der Perspektive des arabischen Nationalismus fest und brach niemals mit den vorherrschenden Nationalisten, die von Arafats Fatah repräsentiert wurden. Selbst nachdem sie das Osloer Abkommen verurteilt hatte, machte die DFLP (wie auch die PFLP) ihren Frieden mit der Palästinensischen Autonomiebehörde und blieb innerhalb der PLO.

Wie jeder Nationalismus predigt der arabische Nationalismus die Einheit der Unterdrückten und Ausgebeuteten mit ihren „eigenen“ Ausbeutern und Mächtigen-Ausbeutern. Von diesem Standpunkt aus sind die Verbündeten des palästinensischen Volkes in seinem Befreiungskampf nicht in dem Proletariat der Region – einschließlich der hebräischsprachigen Arbeiterklasse in Israel – zu suchen, sondern vielmehr unter den arabischen Herrschern. Selbst die militantesten palästinensischen Nationalisten geben zu, dass sie nicht die Macht haben, den zionistischen Staat militärisch zu besiegen. Stattdessen zielte die von der PLO in den 60er- und 70er-Jahren verfolgte Strategie des „bewaffneten Kampfes“ darauf ab, die arabischen Regime dazu zu drängen, sich für die Sache der „arabischen Einheit“ gegen Israel einzusetzen. Das ist der Grund, warum die PLO die „Nicht-einmischung“ in den arabischen Staaten versprach, auch in Jordanien, das mehrheitlich palästinensisch war und wo die PLO ihre Hauptbasis hatte.

Erhältlich in Türkisch



IKL-Erklärung
Verteidigt Irak gegen Angriff von USA und verbündeten Imperialisten!
Nieder mit der UN-Hungerblockade!
herausgegeben: 23. Oktober 2002
€ 0,20

Ebenfalls in Türkisch erhältlich:
Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms der IKL

angenommen 1998 bei der III. Internationalen Konferenz der IKL
€ 1,-

Bestellt bei:
SpAd, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Postbank Frankfurt/Main, Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60

Abonniert!

Zeitung der Ligue trotskyste de France

4 Ausgaben € 4,50

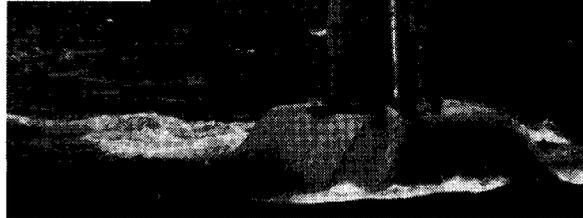
enthält *Spartacist* (französische Ausgabe)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 119 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60





Middle East Online



AFP/DPA

Oben: Fischer und Scharon. Unten: Israelisches U-Boot Tekuma, für Atomwaffeneinsatz geeignet, wurde vom deutschen Imperialismus mitfinanziert und in Kiel gebaut

Diese Politik wurde schließlich ersetzt durch direkte Appelle an die Imperialisten, hauptsächlich an den US-Imperialismus, insbesondere nach der Zerstörung der UdSSR. Mit dem konterrevolutionären Zusammenbruch der Sowjetunion 1991/92 wurde der PLO entscheidende diplomatische und finanzielle Unterstützung entzogen, was dem schmachvollen Osloer „Friedens“abkommen unter der Schirmherrschaft der USA den Weg bereitetete, das die PLO zur Hilfspolizei der Zionisten in den besetzten Gebieten machte.

Genau dieser Verrat hat den Weg geebnet für den Aufstieg islamischer Fundamentalisten wie Hamas und Islamischer Dschihad, ekelhafter antisemitischer und antichristlicher religiöser Fanatiker, die Frauen versklaven und jedes Anzeichen von sozialem Fortschritt beseitigen wollen. In einer Arbeitsgruppe über palästinensische Frauen, die ans Ende der Konferenz verbannt war, machte eine Rednerin eine Gegenüberstellung von den gegenwärtigen Bedingungen, unter denen Frauen in den besetzten Gebieten leben, zu denjenigen nach dem Ausbruch der ersten Intifada im Jahre 1987, als Frauen zum Kampf angespornt wurden und eine Vielzahl von Frauenorganisationen entstanden, die traditionelle Werte in Frage stellten. Doch solche Hoffnungen, bemerkte sie, wurden mit dem Osloer Abkommen zunichte gemacht.

In der Diskussion stellte eine Genossin der Trotskyist

League of Canada unsere Perspektive einer Sozialistischen Föderation des Nahen Ostens dar als den einzigen Weg zur Befreiung der Frauen, des palästinensischen Volkes und der unterdrückten Massen in der ganzen Region und sie betonte die Notwendigkeit, den zionistischen Monolithen entlang von Klassenlinien aufzubrechen. Als Erwiderung darauf tat ein Diskussionsteilnehmer Klassenkampf in Israel als einen Mythos ab und behauptete, alle Israelis würden von der Unterdrückung der Palästinenser profitieren.

Die nationalistische Auffassung von Israel als einer nahtlosen Gesellschaft räuberischer Kolonialisten wurde durch den Streik von 700 000 Arbeitern des öffentlichen Dienstes Lügen gestraft, der in diesem Frühjahr gegen Kürzungen der Regierung protestierte und das Land mehrere Tage lang richtig lahm legte. Die Kürzungen sind zum großen Teil der Preis für die riesigen Finanzmittel,

die für die Aufrechterhaltung der Siedlungen und der militärischen Besetzung ausgegeben werden. So war der Streik auf einer rein wirtschaftlichen Ebene (und nur auf dieser Ebene) eine Kampfansage an Israels Absicht, die Palästinenser der besetzten Gebiete militärisch zu unterdrücken.

Während viele Redner auf der Konferenz die Vision eines demokratischen und säkularen Staates vorbrachten, in dem sowohl Palästinenser als auch israelische Juden zusammenleben könnten, schlug kein einziger Redner ein Programm vor, wie man dahin gelangen könnte. Der Grund ist einfach. Sie lehnen das einzige *realistische* Programm zur sozialen und nationalen Befreiung im Nahen Osten ab: die Mobilisierung des Proletariats auf der Grundlage des revolutionären Internationalismus, um all die unterdrückerischen kapitalistischen Regime in der Region hinwegzufegen.

Das hebräische Proletariat vom zionistischen Chauvinismus zu brechen wird eine schwierige und mühsame Aufgabe sein, die wahrscheinlich den Sieg einer sozialistischen Revolution in einem der anderen Länder des Nahen Ostens erfordert. Doch wenn die hebräische Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung kämpfen will, muss sie für die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes eintreten. Ihrerseits werden die arabischen werktätigen Massen nicht für eine Perspektive der proletarischen Revolution gewonnen werden, wenn sie nicht vom arabischen Nationalismus und Antisemitismus gebrochen werden. Und das wird nur geschehen, wenn das arabische Proletariat für das Recht auf eine nationale Existenz des hebräischsprachigen Volkes – und auch der Kurden und anderer Völker – eintritt.

Die gegenwärtige trostlose Lage unterstreicht, dass es keinen einfachen Weg zur Befreiung des palästinensischen Volkes gibt – einschließlich des Rechts der Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat. Für diese Befreiung ist der Sturz nicht nur des zionistischen Staates, sondern auch der bürgerlichen Herrschaft in Jordanien, Syrien und Libanon notwendig. Diese Perspektive erfordert die Schmiedung revolutionärer, marxistischer Parteien, die gehärtet werden durch kompromisslosesten Kampf nicht nur gegen fundamentalistische Reaktion, sondern auch und gerade gegen die säkularsten und „fortschrittlichsten“ Erscheinungsformen von Nationalismus. Es gibt keinen anderen Weg.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 806, 4. Juli

WORKERS VANGUARD 100c
U.S. Troops Out of Iraq!

Down With the Colonial Occupation!

U.S. Imperialists: Looters and Murderers

“Anti-Terror” Dragnet Threatens 13,000 with Expulsions
Stop the Deportations!

SARS: Cambodian Racism and Public Health

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.
22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

**Luftpost € 25,-
Seepost € 10,-**

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



Jewgeni Chaldei

Rotarmisten auf dem Reichstag 1945 – die sowjetische Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime

Verteidigt...

Fortsetzung von Seite 16

der „Antinationalen“ hier mit dem dortigen Terror durch bewaffnete Schläger wie die der zionistischen Jewish Defence League und der Betar. Letztes Jahr hatten diese Gruppen Jugendliche maghrebischer und nordafrikanischer Herkunft zusammengeschlagen, weil diese auf Demonstrationen gegen das zionistische Massaker in Dschenin protestieren wollten. Der Londoner *Independent* (17. Juli) berichtet nun, wie Le-Pen-Nazis und zionistische Organisationen in Frankreich gemeinsame rassistische Kampagnen gegen Muslime und Araber betrieben haben. Auf gemeinsamen Internet-Seiten behaupteten sie laut *Independent*, „dass Weiße und Juden in Frankreich durch eine arabische und muslimische ‚Invasion‘ von der Ausrottung bedroht seien, die von solchen Rassenverrättern wie M. Chirac, der immer Ben Shirak genannt wurde, unterstützt werden würde“. Und in den USA gibt es jetzt eine Kampagne, eine linke palästinensische Konferenz in Rutgers im Herbst dicht zu machen. Überall auf der Welt wird dabei von Zionisten und Rechten versucht, Verteidiger der Palästinenser als „antisemitisch“ zu denunzieren.

Wir haben viele verschiedene Organisationen und Individuen, deren politische Ansichten sehr verschieden von den unseren sind, angesprochen und Solidaritätsschreiben von ihnen erhalten. Besonders Immigrantenorganisationen verschiedener politischer Couleur, die selbst unmittelbar im Fadenkreuz von Schilys rassistischem „Krieg gegen den Terror“ stehen, fühlten sich ebenfalls durch das „antinationale“ Gangstertum bedroht und gaben Protesterklärungen ab. So erklärte das Solidaritätsbündnis für Palästina, ein Zusammenschluss von links-reformistischen und arabisch-nationalistischen Gruppen, in „Schluss mit den Angriffen der ‚Antideutschen‘ auf Linke und PalästinenserInnen!“ (8. Juli):

„Wir protestieren auf das Schärfste gegen die fortgesetzten gewaltsamen Überfälle sogenannter ‚Antideutscher‘ auf Veranstaltungen und Treffen der Antikriegs- und Antiglobalisierungsbewegung... Es ist kein Wunder, dass im Mittelpunkt dieser Kampagne jegliche Veranstaltung und Organisation steht, die sich mit

dem Anliegen unterdrückter Völker und besonders der PalästinenserInnen solidarisiert. Diese mit pseudolinken Argumenten garnierten Angriffe rechtfertigen nicht nur den von der Bundesregierung und den USA unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung geführten Abbau demokratischer Rechte, sondern setzen sie militant und vorseilend in die Praxis um.“

Auch der Bundesvorstand der Föderation demokratischer Arbeitervereine DIDF, in der sich Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft organisieren, sowie die Koordination der Iranerinnen und Iraner in Hamburg e. V. verurteilten das „antinationale“ Gangstertum. Linke Organisationen wie die Hamburger Ortsgruppe der linksreformistischen Sozialistischen Alternative Voran protestierten. Die SAV-Jugendgruppe Widerstand International erklärte in ihrem Protestschreiben unter anderem: „Widerstand International stimmt nicht mit dem Programm der ‚Spartakist Jugend‘ überein, richtet sich aber gegen Angriffe auf linke Veranstaltungen jeder Art. Jeder ausgenommen von Faschisten, Rassisten, Antisemiten und Sexisten sollte die Möglichkeit haben seine Position frei vertreten zu können. Widerstand International protestiert hiermit in Erwägung dessen, dass die oben genannte Veranstaltung [der Spartakist-Jugend] angegriffen wurde, gegen das Verhalten der Antideutschen und für freies Rede- und Versammlungsrecht von Linken.“ Die Berliner Kreisleitung der maoistischen Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands verurteilte in einer Erklärung den „antinationalen“ Überfall auf uns. Auch der Hamburger Prof. Dr. Norman Paech protestierte gegen den Angriff.

In einer machtvollen Erklärung schrieb der israelische freie Journalist und Korrespondent des *Neuen Deutschlands*, Hans Lebrecht, am 12. Juli:

„Um Missverständnisse zu vermeiden: Ich, als ehemaliger im antifaschistischen Untergrund während der Jahre 1936-37 im vom Hitlerfaschismus regierten Deutschland aktiv tätiger Kämpfer, gegen welchen die Gestapo einen Such- und Haftbefehl wegen dieser Tätigkeit ausgestellt hatte, welchem ich mit Hilfe der kommunistischen Untergrundorganisation entgehen konnte; als seither in Palästina und Israel aktiver Kommunist, möchte ich mich ausdrücklich von der nach Lenin an Kinderkrankheit leidenden Linkssektierer, einschließlich der Vierten Internationalen und den Spartakisten ideologisch und politisch distanzieren.“



Spartakist

Berlin, 21. September 2002: Flüchtlingsdemo gegen rassistischen Staatsterror der SPD/Grünen-Regierung

[Sie] Jedoch wegen ihres Auftretens und [in] ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung durch rechte oder sich ‚links‘ nennende Schlägerkommandos handgreiflich anzugreifen, muss ich als kampferprobter Kommunist und Humanist energisch verurteilen. Insbesondere widert es mich an, dass solche Angriffe in der Bundesrepublik Deutschland unter der blöden Ausrede, dass eine Verurteilung der, gegen das Palästinenservolk gerichteten terroristischen Unterdrückungspolitik der Regierung meines Landes Israel, oder berechnete Solidaritätsbezeugungen mit dem geknechteten, ihrer Heimat und großen Teils ihres Bodens beraubten Palästinensern als ANTISEMITISMUS verrufen wird.“

Es ist zentral, zu verstehen, dass die „Antinationalen“ kein Teil der Linken sind, also keine „durchgeknallten Antifas“. Mit grotesken Posen wie dem Feiern von Bomber Harris und der Bombardierung Dresdens sind die „Antinationalen“ keinesfalls Gegner des deutschen Imperialismus. Vielmehr leisten sie dem Vierten Reich wertvolle Dienste. Ihre Unterstützung und Rechtfertigung für den mörderischen zionistischen Terror Israels gegen die Palästinenser, bei der sie jegliche Verteidigung des palästinensischen Volkes als „Antisemitismus“ denunzieren, ist voll im Sinne des deutschen Imperialismus, der Israel massive Unterstützung jeder Art zukommen lässt. Die deutsche Bourgeoisie rechtfertigt ihre imperialistischen Verbrechen wie den ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr seit Ende des Zweiten Weltkriegs bei der NATO-Bombardierung Serbiens mit „Nie wieder Auschwitz“. Ihre „antinationalen“ Schocktruppen setzen genau diese imperialistische Methode gegen diejenigen ein, die die deutsche Bourgeoisie von Auschwitz als ihre „inneren Feinde“ betrachtet, also gegen Linke, Palästinenser und Immigranten türkischer und kurdischer Herkunft. Gerade nach dem 11. September 2001 und dem anschließenden Beginn der Rasterfahndung hat sich die Zahl der Provokationen und Überfälle dieser Gangster vervielfacht. Die „Antinationalen“ sind nichts weiter als die Speerspitze für Schilys rassistischen „Krieg gegen den Terror“ mit Rasterfahndung und „Sicherheits“gesetzen gegen die Linke und Immigranten. Hier ein Beispiel, wie die „antinationale“ Bahamas nach dem verbrecherischen Anschlag auf das World Trade Center unverblümt im dreckigsten Stil des berühmtesten antisemitischen Nazi-Hetzblattes *Der Stürmer* versucht, antiarabischen Rassenhass aufzupeitschen:

„Es ist hier ein zur Vernichtung entschlossener Antisemitismus am Werk – darin seinem nationalsozialistischen Vorbild auf qualitativer Ebene durchaus ebenbürtig –, der die Wahl- und Maßlosigkeit des palästinensischen Massenmordens begründet. In dieser Hinsicht kommt momentan dem Koran eine ähnliche Rolle zu wie seinerzeit Hitlers Machwerk ‚Mein Kampf‘ in Deutschland. Die palästinensische Gesellschaft in ihrer jetzigen Gestalt ist konstitutionell friedensunfähig und -unwillig; allein das islamistisch inspirierte Vernichtungsprojekt hält sie zusammen.“ (14. September 2001)

Was die zionistischen Herrscher Israels angeht, so sind diese nicht nur extrem nationalistisch und rassistisch, sondern haben sich historisch gesehen selbst der Kollaboration mit Hitlers Nazis schuldig gemacht. In unserem Artikel „Holocaust, Kollektivschuld und deutscher Imperialismus“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998) erklären wir, worauf die Affinität der Zionisten zum deutschen Imperialismus während des Dritten Reichs beruhte. Die einfache Realpolitik der Zionisten bestand von Anfang an darin, sich für ihr Projekt eines rein „jüdischen Staates“ inmitten eines Gebiets, das von den arabischen Palästinensern bewohnt wurde, irgend-



kein Bildnachweis

Februar 1999: Bundeswehrosoldaten bei Reise des SPD-Kriegsministers nach Auschwitz; am Ort der größten Verbrechen des deutschen Imperialismus rechtfertigt Scharping Balkankrieg des Vierten Reichs

eine imperialistische Großmacht als Schirmherr zu suchen. So unterhielten Herzl und andere Gründungsväter des Zionismus Beziehungen zu Kaiser Wilhelm. Später suchten Zionisten aber auch Deals etwa mit den britischen Kolonialherren Palästinas. Bei der Kollaboration mit dem Deutschen Reich spielte es jedoch durchaus eine Rolle, dass sich Herzl & Co. die „Blut-und-Boden“-Ideologie des aufsteigenden deutschen Imperialismus um die Jahrhundertwende zu eigen gemacht hatten. Im Artikel führen wir aus:

„Eines der zahlreichen Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen den Zionisten und den Nazis war das berühmte ‚Transferabkommen‘ aus den 30er Jahren, wonach jüdisches Kapital aus Deutschland nach Palästina gelenkt wurde. Die faschistoide Lehi-Gruppe, damals geführt vom späteren israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir, vertrat explizit eine ‚Interessengemeinschaft ... zwischen den Zielen der Neuen Ordnung in Europa, wie Deutschland sie angeht, und den wahren nationalen Bestrebungen des jüdischen Volkes‘. Bevor die Nazis darangingen, alle Juden zu ermorden, die sie zu fassen kriegten, erkannten auch sie eine ‚Interessengemeinschaft‘ an und erlaubten den Zionisten noch bis 1938, in Deutschland offen zu arbeiten.

Die Faszination, die der deutsche Faschismus auf die

Fortgesetzt auf Seite 14

Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

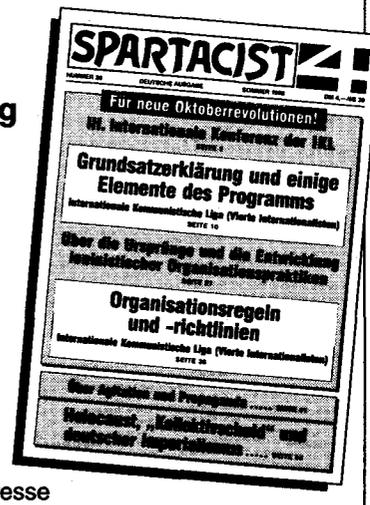
Bestellt!

IKL-Grundsatzerklärung

erhältlich jetzt in
13 Sprachen, wie z.B. in
Türkisch, Griechisch,
Polnisch, Indonesisch
und Chinesisch

Spartacist,
Deutsche Ausgabe
Nr. 20, Sommer 1998
€ 2,-

Zu beziehen über die Kontaktadresse



Verteidigt...

Fortsetzung von Seite 13

Zionisten ausübte, entsprang deren eigenen Zielen. Der Versuch, eine Nation in einer Epoche zusammenzubringen, wo der Nationalismus jeden fortschrittlichen Inhalt verloren hat, stellte den Zionismus – ob nun bürgerlich, ‚arbeiternah‘, oder sogar ‚sozialistisch‘ – notwendigerweise dem Rationalismus, Internationalismus und Kommunismus feindlich gegenüber.“

Gerade in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum 6-Tage-Krieg im Jahr 1967 war die wirtschaftliche wie militärische Unterstützung durch den deutschen Imperialismus entscheidend für den Aufbau des zionistischen Staates. Für die deutsche Bourgeoisie von Auschwitz war dabei das Zertifikat der zionistischen Herrscher Israels für ihren angeblich sauberen Bruch mit dem Dritten Reich und Auschwitz außerordentlich wichtig für die Integration in die Allianz der Westmächte. Heute wird die deutsche Bourgeoisie in ihrer Rolle als imperialistischer Patron für den zionistischen Staat nur noch durch die USA übertröffen.

Wir rufen alle, die die Palästinenser verteidigen wollen, alle, die freies Rederecht verteidigen wollen, alle Gegner von Rassismus und alle Gegner von imperialistischen Kolonialkriegen und alle Linken dazu auf, zu protestieren, um das Gangstertum dieser anti-arabischen Rassisten zu stoppen. Nachfolgend drucken wir die beiden Protesterkklärungen der Spartakist-Jugend ab.

Flugblatt der Spartakist-Jugend vom 4. Juli 2003

Berlin, 3. Juli: Wieder griff eine Bande von „Antinationalen“ mit einer antikommunistischen Provokation ein Spartakist-Jugend-Treffen, diesmal zum Thema „Verteidigt das palästinensische Volk!“, an. Vor zwei Wochen zerrissen sie „nur“ unsere Zeitung – dieses Mal zündeten sie eine Rauchbombe! Was kommt als Nächstes?

Vier Schlägertypen brachen gewaltsam durch eine Gruppe von vier unserer Genossen. Sie zerrissen so viele Zeitungen, wie sie greifen konnten, als sie im Stil der SA-Sturmtruppen in unseren Veranstaltungsraum stürmten; sie stießen unsere Genossen herum und versuchten, die Teilnehmer unseres Treffens einzuschüchtern. Als unsere Genossen und wütende Zuhörer sie rauswarfen, griffen sie uns wieder und wieder gewaltsam an und weigerten sich zu gehen. Protestiert gegen diesen dreckigen Angriff! Das ist ein Angriff auf alle, die gegen den zionistischen Terror protestieren!

Die „Antinationalen“ haben uns gewaltsam angegriffen, weil wir Kommunisten sind, die das palästinensische Volk gegen zionistischen Staatsterror verteidigen – und weil wir für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens kämpfen. Das ist kein Einzelfall: beispielsweise am 15. März letzten Jahres versuchten die „Antinationalen“ ein gemeinsames Treffen der PDS, der palästinensischen Gemeinde und Linksrucks in Frankfurt/Main zu zerstören. Ein Attac-Treffen am 30. Januar in Berlin wurde ebenfalls gestört. Im letzten Sommer in Hamburg wurde in der FSK-Radiostation (Freies Sender Kombinat) eine Immigrantengruppe zusammengeschlagen für das „Verbrechen“, die jüdischen Kämpfer gegen die Nazis im Warschauer Ghetto mit den palästinensischen Kämpfern in Dschenin, die

gegen das rassistische zionistische Israel kämpften, zu vergleichen!

Wer sind diese Gangster und für wen arbeiten sie? Wie die deutschen kapitalistischen Herrscher unterstützen die „Antinationalen“ den zionistischen israelischen Staat, dessen mörderische Politik gegen die Palästinenser das Nazi-Reich nachahmt. Die ganze antikommunistische Provokation der „Antinationalen“ gegen die Spartakisten an der Humboldt-Uni war ausdrücklich darauf angelegt, die Uniadministration und die rassistischen Bullen zu Angriffen gegen Linke und Immigranten anzustiften. Im Kontext der rassistischen Rasterfahndung ist es kristallklar: Diese Gangster sind keine „fehlgeleiteten“ Antifa-Linken, sondern sie beziehen bewusst eine Seite mit dem deutschen Vierten Reich und dem US-Imperialismus. Die „Antinationalen“ denken, dass sie die Linken und alle Verteidiger der Rechte des palästinensischen Volks durch Gestapo-ähnliche Methoden, wie mit Schlägern und Rauchbomben Veranstaltungen zu zerstören, mundtot machen können. **Wir sagen: NEIN! Wir rufen alle Gegner der „antinationalen“ Sturmtruppen auf, öffentlich diese Angriffe zu verurteilen und ihre Organisationen zu mobilisieren, das freie Rederecht an der Humboldt-Universität zu verteidigen!**

Flugblatt der Spartakist-Jugend vom 23. Juni 2003

Am 19. Juni versuchte eine Bande so genannter „Antinationaler“ eine Veranstaltung der Spartakist-Jugend zu „Holocaust, deutscher Imperialismus und Zionismus: Wie die antisemitische Bourgeoisie den Staat Israel unterstützt“ zu sprengen. In der Art von Hitlers Sturmtruppen auf den Universitäten in den frühen 30er-Jahren stürmten drei dieser Apologeten für zionistischen Terror gegen die Palästinenser in den Raum. Einer zerriss eine unserer Zeitungen und schrie uns an, wir hätten „eine aufs Maul“ verdient. Als die Teilnehmer an der Veranstaltung das Treffen gegen diesen antikommunistischen Provokateur verteidigten und ihn vor die Tür setzten, drohten er und zwei seiner Kumpane, dass sie unsere nächste Veranstaltung angreifen würden.

Alle, die das freie Rederecht hochhalten, alle Verteidiger des belagerten palästinensischen Volks sollten sich in



Berlin, 28. September 2002: Spartakist-Block auf Demo in Verteidigung des belagerten palästinensischen Volkes

Opposition zu diesem gewalttätigen Versuch, eine linke Veranstaltung zu verhindern, vereinen. Dieser Angriff, wie auch vorherige wiederholte Versuche, propalästinensische linke Veranstaltungen zu sprengen, ist ein frontaler Angriff auf die Rechte von *allen* an der Humboldt-Universität, ihre politischen Ansichten zu äußern. Wir begrüßen die offene Auseinandersetzung verschiedener Ansichten, weil dies entscheidend dafür ist, das politische Bewusstsein radikaler Jugendlicher, Arbeiter und Anderer, die gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen wollen, zu heben. Tatsächlich wurde zwei „Antinationalen“, die sich nicht an den Versuchen, unsere Veranstaltung zu stören, beteiligten, erlaubt, zu bleiben und an der Diskussion teilzunehmen. Kommt zu unserer nächsten Veranstaltung am 3. Juli, um euch weiteren Versuchen von antikommunistischem Gangstertum und politischer Zensur entgegenzustellen!

Die „Antinationalen“ sind ein Sammelsurium von Ex-Linken, die sich 1990 nach der konterrevolutionären Zerstörung des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaates durch das Vierte Reich des deutschen Imperialismus zusammmentaten. Sie sind vielen Kräften einschließlich dem US-Imperialismus hinterhergelaufen. So bezogen sie im ersten Golfkrieg 1991 eine Seite mit dem US-Imperialismus gegen den Irak oder unterstützten den russischen Kolonialkrieg gegen Tschetschenien 1994. Heute reicht ihr Spektrum von Teilen der *Jungle World*, die die Antikriegsbewegung unterstützten, hin zu Gruppen wie den Antideutschen Kommunisten Berlin, die das imperialistische Blutbad an den Irakern bejubelten: „Es bleibt der Trost, dass die Amerikaner auch diesmal die besseren Waffen haben werden.“ Sie schnauzten die Zehntausenden kämpferischen Schüler, die am Tag des Angriffs gegen den Irak auf die Straße gingen, an, sie sollten „den Schnabel halten“. Das Offene Kommunistische Forum Süd jubelte über die Besetzung des Irak: „Und heute ist ein guter Tag für Israel. Die Voraussetzungen für die Schaffung einer neuen Demokratie im Nahen Osten sind erkämpft“ („Free! Free Bagdad! – Jubel auf den Trümmern des Regimes“, 9. April). Was alle Flügel der „Antinationalen“ gemeinsam haben, ist ihre Denunzierung von Jedem, der die Palästinenser gegen den zionistischen Staatsterror verteidigt.

Die „Antinationalen“, die die Verteidiger der Palästinenser als „Antisemiten“ angreifen, ein Vorwurf, den sie auch uns entgegenschleuderten, als sie unsere Veranstaltung angriffen, sind Apologeten für die rassistische deutsche imperialistische Bourgeoisie. Ihr Aufruf zu „Solidarität mit Israel“ ist nichts anderes als Unterstützung für den völkermörderischen Terrorkrieg, der vom zionistischen Staat gegen die Palästinenser geführt wird. Indem sie mit dem Banner der „Kollektivschuld“ herumwedeln, amnestieren sie gleichzeitig die Bourgeoisie von Auschwitz und die zionistischen Herrscher, die heute die Nazis nachahmen.

„Kollektivschuld“ wird benutzt, um diejenigen weißzuwaschen, die wirklich schuldig sind am Massenmord an Millionen Juden, Kommunisten, Roma, Homosexuellen und zahllosen Anderen, indem sie die Schuld für den Horror des Nazi-Holocausts von den deutschen kapitalistischen Herrschern auf das deutsche Volk als Ganzes schiebt. Wie der israelische Liberale Amos Alon es ausdrückte: „Das ritualisierte Lippenbekenntnis zur Schuld dient dazu, dem neuen Nationalismus und dem neuen Fremdenhass ein gutes Gewissen zu verschaffen.“ Der zynische Ruf „Nie wieder Holocaust“ wird benutzt, um den erneuten Vormarsch des deutschen Militarismus, einschließlich des ersten Einsatzes deutscher Kampftruppen seit Ende des zweiten Weltkriegs auf dem Balkan 1999, zu rechtfertigen.

Das Stichwort aufgreifend versuchen die „Antinationalen“ jede Stimme zum Schweigen zu bringen, die die Verbre-

chen des deutschen Imperialismus, ob damals oder heute, denunziert. Die zionistischen Herrscher, mit denen sie sich solidarisieren, machten sich selber der Kollaboration mit Hitlers Nazis schuldig, was ihre selbst ernannte „Gemeinsamkeit der Interessen“ ausdrückte: die Faschisten wollten die Juden aus Europa raus haben, und das wollten die Zionisten auch. Der deutsche Imperialismus ist einer der größten Unterstützer des zionistischen Staates seit seiner Entstehung, militärisch wie finanziell.

Es hat einen Anstieg von antisemitischen Angriffen in Deutschland gegeben, und dies ist das direkte Ergebnis der kapitalistischen Wiedervereinigung 1990, gegen die wir Spartakisten mit all unseren Mitteln gekämpft haben. Als im Oktober 1999 in der Nacht, in der die deutsche Wiedervereinigung gefeiert wurde, der jüdische Friedhof in Berlin-Weißensee geschändet wurde, organisierten wir sofort einen Protest an der Humboldt-Universität und argumentierten für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um die Faschisten zu stoppen. Diejenigen, die argumentieren, dass Antizionismus gleich Antisemitismus sei, beten die deutsche Bourgeoisie nach, die den „Krieg gegen Terror“ führt, um Araber und alle mit türkischer oder kurdischer Herkunft in Deutschland zu verfolgen.

Die „Antinationalen“ hassen uns für unser proletarisch-internationalistisches Eintreten für die nationalen Rechte des unterdrückten palästinensischen Volkes. Nur von einem solchen internationalistischen Standpunkt aus kann man gegen jede nationale Unterdrückung kämpfen, ohne auch nur die geringste Nachsicht gegenüber irgendeiner Äußerung von Rassismus oder Chauvinismus, sei es Antisemitismus, Zionismus oder arabischer Nationalismus, zu üben. Nur durch den proletarischen Sturz sowohl von der israelischen Bourgeoisie als auch von den arabischen herrschenden Klassen können die widerstreitenden nationalen Ansprüche der palästinensischen Araber und des hebräischsprachigen Volkes gerecht in einer Sozialistischen Förderation des Nahen Ostens gelöst werden.

Wir wollen linke Jugendliche und Arbeiter, die gegen Antisemitismus und gegen Immigranten gerichteten Rassismus und alle Formen von Unterdrückung kämpfen wollen, für den Kampf für den Aufbau einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei gewinnen, die das Proletariat führt, die Bourgeoisie von Auschwitz hinwegzufegen. Schließt euch uns an! ■

SPARTACIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 20, Sommer 1998
€ 2,-

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 119 88-601,
Postbank Frankfurt/M.,
BLZ 500 100 60

Zionisten amnestieren Bourgeoisie von Auschwitz
Holocaust, „Kollektivschuld“ und deutscher Imperialismus

Die Rote Armee zerschlug das Naziregime!

SPARTAKIST

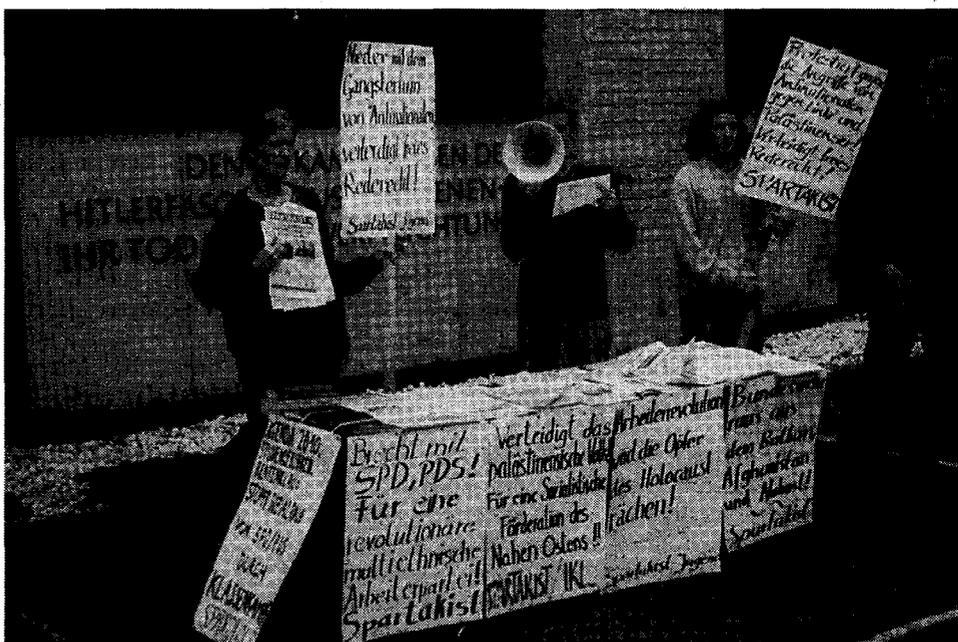
**Apologeten für zionistischen Terror greifen
Spartakist-Jugend-Treffen an**

Nieder mit Gangstertum von „Antinationalen“ gegen Linke und Palästinenser! Verteidigt freies Rederecht!

Nachdem am 19. Juni eine „antinationale“ Schlägerbande eines unserer Spartakist-Jugend-Treffen an der Humboldt-Uni (HU) in Berlin angegriffen hatte, rückten diese Gangster am 3. Juli erneut mit einem Schlägertrupp an und sprengten mit einer Rauchbombe unser Treffen „Verteidigt das palästinensische Volk!“. Diese Angriffe sind Teil einer Kampagne der „antinationalen“ Gangster gegen Linke und Palästinenser. Letztes Jahr zum Beispiel organisierten „Antinationale“ Provokationen gegen palästinensische Demonstrationen, die gegen das zionistische Massaker in Dschenin protestierten. Am 30. Januar versuchten „Antinationale“, ein Antikriegstreffen von attac zu sprengen.

Als Antwort auf die Überfälle auf uns starteten wir eine Kampagne zur Verteidigung des freien Rederechts von Linken und Palästinensern an der Humboldt-Uni. An Berliner und Hamburger Unis hielten wir an unseren Büchertischen Reden mit Megaphon, wir verteilten unsere Protest-Flugblätter an Studenten, auf Demos, an besetzte Häuser, linke Zentren, bei linken Veranstaltungen und vor Betrieben. Wir riefen alle Gegner der „antinationalen“ Sturmtruppen dazu auf, öffentlich diese Angriffe zu verurteilen und das freie Rederecht zu verteidigen gegen diese SA-ähnlichen Methoden, mit Schlägern und Rauchbomben linke und pro-palästinensische Veranstaltungen zu zerstören. **Wirklich notwendig ist eine echte Mobilisierung zur Verteidigung des freien Rederechts für alle Verteidiger des belagerten palästinensischen Volkes, für alle Antirassisten und für alle Linken an der Humboldt-Universität.**

An der HU stieß unsere offene Verteidigung des palästinensischen Volkes auf Sympathie. Bei einem Protest kaufte eine Gruppe palästinensischer und jugoslawischer Bauarbeiter, die gerade an der Uni arbeitete, unsere Zeitung und gab eine kleine Spende. Wir diskutierten über die Verteidi-



Berlin, Humboldt-Universität, 7. Juli: Spartakist-Jugend protestiert gegen Überfälle der „Antinationalen“

gung der Palästinenser, die Notwendigkeit, arabischen Nationalismus zu bekämpfen und eine klare Linie gegen Antisemitismus zu ziehen. Eine Studentin fragte uns: „Antinationale? Sind das nicht die Zionisten, die vorgeben Linke zu sein?“ An der Technischen Universität (TU) nahmen gerade Studenten aus dem Nahen Osten und Nordafrika unseren Protest positiv auf. Wütende Blicke trafen uns dagegen von Vertretern des von SPD/Grünen dominierten TU-ASTA, der letztes Jahr das Antikriegskomitee der TU wegen dessen berechtigter Forderung „Abzug der israelischen Besatzungstruppen aus den besetzten palästinensischen Gebieten!“ aus den Uni-Räumen geworfen hatte, mit der dreckigen Verleumdung, diese Forderung sei antisemitisch (siehe unser Flugblatt „Weg mit dem Maulkorberlass des TU-ASTA gegen pro-palästinensische Gruppen!“, 20. Juni 2002).

Eine HU-Studentin aus Frankreich verglich den Terror

Fortgesetzt auf Seite 12